

## Haushaltsrede des Vorsitzenden der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Als erstes meinen Dank an die Verwaltung, insbesondere an die Kämmerei, die diesen Haushaltsplanentwurf erstellt hat, was gewiss nicht einfach war. Nach der Kommunalwahl, nach der Wahl des Bürgermeisters, eines neuen Bürgermeisters, sodass die Haushaltsberatungen auch ein ganz klein wenig zurückgezogen sind, später erfolgt sind, was natürlich für die einzelnen Fraktionen auch nicht ganz leicht war, weil direkt nach der Einbringung des Haushalts fingen die Haushaltsberatungen in den Ausschüssen schon an. Ich glaube im Jugendhilfeausschuss einen Tag später. So dass wir in den Fraktionen auch sehr gefordert waren, aber ich glaube, dass hat auch genutzt und die große öffentliche Diskussion ist dadurch vielleicht auch ein bisschen abgekürzt worden. Ich glaube, dass dieser Haushalt uns dazu führen wird, im nächsten Jahr wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Wir von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sind der Meinung, dass in den letzten Jahren die Konsolidierungsgrundsätze des HSK so gut wie möglich umgesetzt wurden, ohne dass die Stadt Lüdenscheid kaputtgespart wurde, ohne dass wir die Stadt und das Leben und Lebensgefühl in Lüdenscheid ausmachende Einrichtungen und Maßnahmen schließen oder beenden mussten. Hier herrschte bis auf wenige Ausnahmen Einigkeit zwischen den Fraktionen und auch eine große Kooperationsbereitschaft bei den Vereinen und Verbänden die von der Stadt unterstützt wurden. In diesem Jahr sind die Ziele nach dem HSK im Haushalt erreicht, aber nur deshalb, weil Mittel von ca. 5,5 Mio. aus Verkaufserlösen und der allgemeinen Rücklage erhalten mussten. Ich glaube, dass die Haushaltsberatungen gezeigt haben, dass maßvolle finanzielle Anträge gestellt worden sind. Was zum Haushalt noch gesagt werden muss, dass natürlich der neue Bürgermeister auch einige Duftmarken hinterlassen hat, diese Duftmarken haben auch dazu geführt, dass das meiste im Prinzip auch abgesegnet worden ist von der Mehrheit. Es nur einige Sachen gab, die es zu beanstanden gab und die in die Diskussion gekommen sind. Wir haben uns mit Anträgen sehr zurückgehalten, auch deshalb, weil wir die Ansätze die der Bürgermeister in den Haushalt hineingetan hat, sehr begrüßt haben. Was das Geld für die Stadtteilkonferenzen betrifft, natürlich um so mehr, weil das ja ein urgrüner Gedanke ist, weil das geht ja auf Basisdemokratie zurück der Bürger und wir hätten es sehr glücklich gefunden, wenn da so ein Fonds stattgefunden, wenn so ein Fonds stattgegeben worden wäre, ähnlich wie bei der Agendasache, wo wir auch einen Fonds haben, Frau Gabler, und da brauchte auch kein Konzept her wie bei allen anderen Sachen, sondern das ging auch so. Ich glaube das geht bei Stadtteilkonferenzen auch so. Aber ich möchte doch noch ein Wort zu den Stadtteilkonferenzen verlieren, sie beiden haben das auch angesprochen. Ich finde bei den Stadtteilkonferenzen sollten wir hier innerhalb des Rates zur Sachlichkeit zurückkommen. Wie ich gesagt habe, für uns ist das eine basisdemokratische Sache, wo die Bürger in den Stadtteilen sich mit ihrem Stadtteil identifizieren sollen und wo die Bürger dann auch, was Spielplätze und ähnliches betrifft auch Vorschläge machen sollen. Ich finde hier, Politiker sind da Zuhörer, Politiker nehmen Vorschläge auf und gehen dann evtl. in Ausschüsse und ähnliches. Ich habe nichts dagegen, wenn Parteien dazu aufrufen, zu Stadtteilkonferenzen zu gehen. Bloß wir als Parteien haben da eine absolute Nebenrolle, das Spielfeld gehört den Bürgern und das ist das Wichtige. Ich bin dann natürlich ein bisschen entsetzt, wenn ich merke, dass Parteien, Parteienvertreter auf Stadtteilkonferenzen auf einmal Anträge stellen. Diese Anträge gehören da nicht hin, diese Anträge sollen von den Bürgern kommen. Das soll jetzt hier keine Schelte ein, sondern wir sollten aus diesen Haushaltsberatungen mit der Erkenntnis zurückkommen, diese Stadtteilkonferenzen sind wirklich ernst zu nehmen, d.h. die Bürger ernst zu nehmen, den Bürger und seinen Stadtteil ernst zu nehmen und mit Politik da ganz vorsichtig mit umzugehen. Wenn ich den Antrag des Bürgermeisters zur Erläuterung dieser Stadtteilkonferenz und den Etatvorschlag richtig gelesen habe, hatte das auch nichts damit zu tun, dass Parteien da hineinpfuschen sollten oder ähnliches, überhaupt nichts, sondern

das sollte ein Fond sein, wenn Projekte gemacht werden und ähnliches. Ich finde, wir sollten in diesem Jahr darüber reden, ob dieses für den nächsten Haushalt möglich sein sollte. Wenn so ein bisschen die ganze Ideologie vorbei ist und wenn wir auch versucht haben, da entsprechend was zu machen. Das diese Haushaltsberatungen mit einigen Teilen, denn es ging immer um 10.000 €, um 20.000 € und ähnliches, ja darüber wurde sehr stark diskutiert. Was ich allerdings in den ganzen Jahren seit 1984 noch nicht erlebt habe ist, das über das Geld der Stadtteilkonferenzen eine halbe bis dreiviertel Stunde diskutiert worden ist und auf Nachfrage von mir gesagt worden ist, ne, in der Fraktion ist das noch nicht beredet worden. Aber man konnte eine dreiviertel Stunde darüber diskutieren.

Die Band-Übungsräume möchte ich auch noch ansprechen. Die Sachen waren im Prinzip auch klar. Das waren 10.000 €. Es wurde auch stundenlang darüber diskutiert, wir waren lange im Wort, auch der Vorgänger von Herrn Dzewas hat sich da öfter zu Wort gemeldet, und diese Diskussion hat glaube ich kein Jugendlicher mehr verstanden, um diese 10.000 € und es ging um keinen Euro, um keinen Cent mehr. Das da also versucht worden ist, drüber zu diskutieren, bzw. das nicht hin zu bekommen. Aber wir haben es ja geschafft, wir haben es geschafft, diese 10.000 € sind da. So wie wir das bei vielen anderen Sachen geschafft haben. Also was ich hier bei Haushaltsreden jetzt höre, auch bei der SPD und von der CDU ist, wir haben, wir haben die CDU hat vorgebracht, die CDU hat die Schulden gesenkt. Ich glaube, wir warn da genauso mit bei, wir haben dem zugestimmt, das die Marke-Aktien verkauft worden sind, also dürfte die CDU sich das nicht nur auf ihre eigene Partei schieben. Sondern das meiste waren Beschlüsse dieses Rates, es gab wenig Beschlüsse die nicht einstimmig waren, bzw. wo die Problematik war, das die hart umkämpft waren. So dass ich die Sachen, die Sie Frau Gabler aufgezählt haben, die Du aufgezählt hast, ich diesem ganzen Rat hier in Lüdenscheid zugute halte. Ich möchte diese ganzen Sachen nicht noch einmal aufzählen. Aber ich finde, wir haben Lüdenscheid da ein ganzes Stück weiter gebracht.

Was diesen Haushalt betrifft, habe ich gesagt, der entspricht den Vorgaben nach dem HSK, der aufgestellt worden ist. Ich finde, spannend wird es 2006, wenn der strukturelle Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt ansteht. Ob der klappt, oder ob wir nach § 81 GO handeln müssen, so dass wir überhaupt keinen Spielraum mehr haben. Dieses liegt, glaube ich weniger an uns, das ist von meinen Vorrednern auch gesagt worden, den Kommunen wird immer was aufgelastet. In dem Haushaltsplanentwurf stehen alle Gesetze und ähnliches drin, was uns aufgehalst worden ist. Hartz II, weiß ich nicht, bin ich etwas anderer Meinung, Bisher bringt Hartz II den Kommunen nicht die Entlastung die es bringen sollte. Das ist ja auch das große Problem vieler Kommunen, wie viele Städte auch sagen. Zur Abwehr dieses § 81 ist in der Finanzplanung eine Realsteuererhöhung vorgesehen, die voraussichtliche Mehreinnahmen von 2,5 Mio. Euro ausmachen soll. Und ich glaube nicht nur die FDP, sondern alle Fraktionen werden versuchen, das zu verhindern, dass die Realsteuern nicht erhöht werden. Weil ich glaube schon, dass das ein großes Problem, konjunkturelles und Arbeitsplatzproblem wird, wir müssen alle daran arbeiten. Bloß wie ich vorher aufgeführt habe, wir haben keinen großen Einfluss darauf, es sei denn, wir wollen wirklich in Lüdenscheid was kaputtsparen und wir wollen um dieses zu verhindern, die Stadtbücherei oder ähnliches schließen um die Gelder zu bekommen. Um die Gelder einzusparen, so dass wir nicht unter den § 81 GO fallen. Wir sind da ja manchmal ganz phantasievoll, so etwas hinzu kriegen, ohne das wir Schuld daran sind und unsere Hände in Unschuld waschen. Ich erinnere daran, wo wir das HSK 2002 eingeführt haben, war es 2002 nicht unbedingt notwendig ein Haushalts sicherungskonzept einzuführen. Man hätte zumindestens 2002 anders hinkommen können. Das wissen alle Fraktionen, das wissen alle Ratsmitglieder die damals im Rat gesessen haben. Das Problem war, das einige Parteien einige Leute, unter anderem wir von Bündnis 90/Die Grünen, schon vorher gesagt haben, also wenn wir hinkommen wollen, müssen wir Realsteuererhöhungen beschließen. Das hat natürlich eine Sturm der Entrüstung insbesondere bei der FDP ausgelöst, das so was natürlich nicht ginge, aus konjunkturellen und arbeitsmarktpolitischen Gründen. Völlig richtig, sie haben völlig Recht bei dieser ganzen Sache, bloß wie die ganze Sache weitergelaufen ist

und wie Politik sich manchmal abspielt, möchte ich hier darstellen, dass nämlich das HSK 2002, was nicht notwendig war, von allen Parteien natürlich sehr stark begrüßt worden ist, nämlich es wurden jetzt Realsteuererhöhungen vorgeschrieben, weil wir das HSK hatten und wir konnten unsere Hände in Unschuld waschen. Die FDP war eine der ersten die gesagt haben, ja da kommen wir nicht drum rum, das müssen wir machen. Also, wir haben die nicht erhöht, des Wissens aber, das Haushaltssicherungskonzept bringt uns die Möglichkeit, Realsteuererhöhungen zu machen, ohne das irgendwelche Leute über uns schimpfen können. Herr Rahmede, der damals hier noch saß, hat auch nicht geschimpft, hat gesagt, dass war ne Notwendigkeit, die Notwendigkeit zum damaligen Zeitpunkt war nicht gegeben. Eine ähnliche Situation haben wir ja jetzt. Wenn wir nach § 81 GO unseren ganzen Spielraum verlieren, und als Alternative eine Realsteuererhöhung erfolgen sollte, kann ja auch argumentiert werden, dass, wenn wir nach § 81 GO behandelt werden, müssen wir die Steuern sowieso erhöhen. Wir haben einige andere Unannehmlichkeiten, dass freiwillige Leistungen gekürzt werden, ich denke an diese Problematik die hier diskutiert wird, und weiterhin diskutiert wird, auch in der Zukunft. Die Problematik der Horte, wo wir alle der Meinung sind, Horte müssen in Lüdenscheid erhalten bleiben. Nach § 81 wird uns das nicht gestattet sein, die Gelder werden gestrichen wenn wir nicht entsprechend reagieren und ähnliches. Das könnten natürlich für Politik dann Argumente sein, zu sagen, die Realsteuererhöhung ist unumgänglich, aber ich bitte alle hier im Rat vertretenen da so mit umzugehen, das wir nicht das Gleiche machen wie 2002, sondern das wir wirklich versuchen, da irgendwo hinzukommen und auch mit Anträgen, mit Ausweitungen des Haushalts so vorsichtig umzugehen, wie wir das, glaube ich, in diesem Jahr gemacht haben.

Ich will nicht alle Sachen jetzt aufzählen, vom Waldkindergarten bis zu den zwei Erzieherinnen pro Gruppe u.ä., das ist schon gemacht worden, was Lüdenscheid weitergebracht hat. Was die Zukunft der Stadt Lüdenscheid betrifft, sind wir der Meinung, dass wir uns Großprojekte in nächster Zukunft nicht mehr leisten können. Das Rathaus, das Rathausumfeld ist im Bau, wird fertig sein. Wir haben immer dahinter gestanden, dass dieses fertig werden soll, dass das also dem Ansehen Lüdenscheids nützt, auch der Kaufkraft Lüdenscheids nützt. Das war für uns nie ein Problem, wir hatten einige Differenzen bei einigen Sachen, z.B. die Tiefgarage, wo wir von Anfang na gesagt haben, die wollen wir nicht und wo es auch Untersuchungen gab, dass die Parkplatzproblematik gar nicht so groß ist. Interessant in diesem Zusammenhang ist natürlich jetzt, dass von der Verwaltung auch ganz klar festgestellt worden ist, Parkplatzproblematik gibt es gar nicht mehr. Mit den Stellplätzen das können wir ändern, wir haben genug Parkplätze, selbst in den Zeiten, wo die Leute nach Lüdenscheid einkaufen fahren. Es ist überhaupt nicht mehr nötig, zusätzlichen Parkraum zu haben. Dies ist damals in den Diskussionen, die wir geführt hatten, bestritten worden, obwohl jedem klar war, dass das so war, weil ein Mitbewerber um die Ausschreibung des Rathausplatzes und Umbau des Rathauses genau diese Berechnungen angestellt hat und zu ähnlichen Ergebnissen gekommen ist wie jetzt die Stadtverwaltung. Zum Zweiten sei hier gesagt, dass es natürlich nicht gerade schön war, diese Tiefgarage gerade zu dem Zeitpunkt noch mal durchzuboxen, wo vielen schon klar war, dass eine Verteuerung dieser großen Baumaßnahme sowieso in Betracht steht. Dann hätte man ehrlich damit umgehen sollen und sagen, hier das wird so und so teuer und wo können wir entsprechend sparen und nicht erst die Tiefgarage zu beschließen und dann anderes zu machen. Jetzt haben wir die Tiefgarage und ich bin der Meinung, dass da jetzt auch vernünftig mit umgegangen werden soll, dass sie begrünt werden soll, sind wir der Meinung, weil das wird so der Haupteingang so am Rathaus entlang sein von oben, der Rettungsweg quasi wird für die Leute die von der Stadt kommen, also der Hauptrückgangsweg sein und da sollte Lüdenscheid sich auch ein gutes Gesicht geben und nicht die Plätze und das Äußere des Rathauses sollte da so im Vordergrund stehen.

Ich glaube Sternplatz/Altenaer Straße , eine Problematik ,die auf uns zukommen wird, worüber wir diskutieren, aber wo ich glaube, dass dieses so ein bisschen in die Zukunft geschoben werden sollte. Wichtig für die Zukunft in Lüdenscheid ist das was ich eben angesprochen habe, Ernstzunehmen die Stadtteile mit einzubeziehen, nicht nur die

Innenstadt zu sehen, die Stadtteile mit einzubeziehen, die Stadtteile zu pflegen, die Stadtteile weiter zu entwickeln und dieses mit den Stadtteilkonferenzen. Dafür wird vielleicht auch der eine oder andere Euro notwendig sein für die Stadtteilkonferenzen, wir sollten da wirklich Basisdemokratie auch ernst nehmen und die Auseinandersetzungen sollten wirklich aufhören.

Weiter wichtig in Lüdenscheid die Kinder-, Jugend-, Familienpolitik und die Bildungspolitik, wo auch ein Punkt ist, zumindest was die Bildungspolitik betrifft, wo wir hier nicht einig im Rat sind. Wo die Ganztagsgrundschule von der CDU ja so nicht gewollt worden ist. Ich bin aber schon froh, dass überhaupt eine Diskussion da stattfindet, wenn ich an die erste Veranstaltung denke, wo Herr Dr. Schröder noch gesagt hat, da wird er sich auf keinen Fall drauf einlassen und zu einer Veranstaltung zu dieser Thematik auch überhaupt nichts machen, hat da doch die Realität so ein bisschen Einzug gehalten, so dass man sich mit dieser Problematik auseinandersetzt. Was wir machen müssen ist, wenn wir diese Ganztagsgrundschule schon haben, und das ist nicht nur die SPD und die Grünen in Nordrhein-Westfalen eingeführt haben, in anderen Bundesländern macht das die CDU, ähnlich wie die SPD, und da gibt es dann in der Regel Schimpfe von der SPD. Wir sind es unseren Kindern schuldig. wenn wir uns darauf einlassen, da auch ne vernünftige Ausstattung zu haben. Und ich finde, wenn das Land nicht genügend Mittel bereitstellt, ich finde das Land stellt nicht genügend Mittel bereit, dann sollten wir zumindest das in unserer Kraft tun, um den Kindern und Jugendlichen hier in Lüdenscheid zu helfen in dieser Ganztagsgrundschule in dem Bereich wo Schule nicht stattfindet, diese Kinder zu fördern und nicht nur Betreuungsangebote da zu machen, dass die betreut sind und von der Straße weg sind. Das ist ja schon ein kleiner Schritt. Wir sollten uns ein Beispiel nehmen an anderen Städten, ich rede hier von Düsseldorf, die damit völlig anders umgehen, aber Düsseldorf, ehrlich gesagt, ist ein bisschen reicher als Lüdenscheid, die können sich's auch zum größten teil leisten. Ich würde an zweiter Stelle Schwerte nennen, die da völlig anders mit umgehen, die auch entsprechende Gelder bereitstellen um ne vernünftige Arbeit zu machen, aber nicht nur Gelder bereitstellen sondern eine ganz gezielte Qualitätsentwicklung und Qualitätsüberprüfung da machen. Wir sollten uns, da der Beschluss ja auch gefasst worden ist, sich damit zu beschäftigen, uns mit der Stadt Schwerte zusammensetzen um diese ganze Arbeit und diese Vorarbeit, die da gemacht worden ist, nicht noch zu wiederholen. Kinder-, Jugend-, Familienpolitik ist auch einiges schon zu gesagt worden. Ich finde das muss weiterentwickelt werden. Ich finde man muss darüber diskutieren, man muss auch Fachleuten zuhören u.ä.. Wir müssen Gruppen umwandeln, wir müssen Gruppen umwandeln die frei werden, gerade bei unter dreijährigen Kindern ist die Situation gegeben, dass da ein großer Bedarf ist, wir dürfen nicht den Fehler machen vom letzten Jahr, dass wir einfach sagen wir schließen ein paar Gruppen um hinterher diesen Beschluss wieder rückgängig zu machen, weil eben mehr Eltern, glücklicherweise, ihre Kinder in den Kindergarten geben als Vorbereitung auf die Schule, und dieser Prozentsatz ist in Lüdenscheid ja inzwischen zwischen 97 und 99 %, und dem müssen wir entsprechend auch Rechnung tragen. Und ich glaube, dass wird interfraktionell auch so geschehen. Was geschehen ist und noch geschehen wird, sind entsprechend die Förderpläne, was die Kinderspielplätze betrifft. Interfraktionell getragen, finde ich gut. Die Bolzplätze ebenfalls. Sodass ich auch bei de CDU so eine Richtung sehe, wo so ganz schwammig zum Vorschein kommt, dass man auch mit den begrenzten Mittel, die wir zur Verfügung haben, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik weiter betreiben wollen. Und wir sollten im Gespräch über die Ganztagsgrundschule bleiben, weil ich glaube, das ist ein Element, wo man viele Jugendliche erreichen kann, wo man vieles erreichen kann hier in Lüdenscheid und deswegen sollten wir uns damit beschäftigen.

Ich hoffe, dass im nächsten Jahr diese Haushaltsberatungen von einem anderen Stil getragen werden und es sich wirklich um den Haushalt handelt und nicht Scheingefechte geführt werden, weil man meint, der neue Bürgermeister dürfte seine Duftmarken nicht so setzen wie er sie gesetzt hat, er muss o ein bisschen in die Schranken verwiesen werden. Das können sie ja machen, aber dann bitte mit fachlichen und sachlichen Argumenten und nicht anders wie das teilweise hier in den Ausschusssitzungen erfolgt ist.

Wir als Bündnis 90/Die Grünen, werden diesem Haushalt in allen Teilen zustimmen.  
Einkleines Wort noch zu Frau Gabler, was die Eingangsvoraussetzungen nach PISA hier die soziale Lage und so hier beschreibt, zumindest was die Migrantenkinder und einige .....

.....  
Bandende

.....Was ich noch anmerken muss, zum Schluss, und dies ist ja auch eine kleine politische Auseinandersetzung, was wir festgestellt haben in einigen Punkten, ist, dass nach der neuen Bürgermeisterwahl, das habe ich festgestellt bei der Feuerwehr u.ä. Baute, das habe ich festgestellt bei der Diskussion um das ZGW u.ä., dass wir das Gefühl haben, und hoffen, dass sich das weiterentwickelt, ne neue Offenheit der Verwaltung. Das uns mehr auf den Tisch gelegt wird, ehrlicher mit Politik umgegangen wird, diese Sache finden wir gut. Wir hoffen, dass das so weiter geht und dass das nicht nur die ersten Monate oder hundert Tage waren. Wir sind da guten Mutes, dass so etwas weitergehen wird, als positive Sache, ich glaube die CDU wird das auch noch einsehen, und ich glaube, dass die Atmosphäre in der interfraktionellen Sitzung langsam auch wieder zu diesen Atmosphären führt wie wir sie früher gehabt haben, und man mehr den Ärger darüber verliert, dass man nicht mehr den Bürgermeister stellt. Ich verstehe das, und es ist auch zugestanden eine ganze Zeit diesen Ärger zu haben, aber der müsste jetzt langsam vorbei sein.

Zum Schluss möchte ich noch eine Einsparvorschlag machen. Einen Einsparvorschlag, der in diesem Haushalt nicht mehr zum Tragen kommt, sondern evtl. im nächsten Haushalt. Wenn ich mich recht erinnere, ist immer noch vorgesehen, in den Räumen des neuen Rathauses Fraktionsgeschäftsräume zu etablieren. Ich finde, wir sind ganz lange ohne dem ausgekommen. Die beiden großen Parteien haben sogar ein Haus, wo sie so was unterbringen können, die anderen Parteien haben Büroräume u.ä.. Diese fünf vorgesehenen Räume können anders belegt werden, ich glaube, da könnte in bisschen Geld mit eingespart werden. Wir sollten darüber diskutieren, und ich hoffe, dass dieser Vorschlag angenommen wird.

Ich bedanke mich ganz herzlich für ihre Aufmerksamkeit.